

# Spielberger Nachrichten

Nummer 1, Februar 2010. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



## Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser KPÖ kandidiert in Spielberg

Liebe Spielberginnen und Spielberger!

Die KPÖ wird erstmals in Spielberg zu den Gemeinderatswahlen antreten. Das gute Ergebnis der Landtagswahlen in unserer Gemeinde hat gezeigt, dass sich viele Menschen eine linke Opposition zur herrschenden Politik wünschen.

Immer wieder gibt es aus der Bevölkerung positive Rückmeldungen über das Wirken der KPÖ-MandatarInnen im Land und in den Gemeinden. Mit dem Leitsatz „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, wollen wir auch im Spielberger Gemeinderat tätig werden.

Die KPÖ hat einen festen Standpunkt. Wir stehen auf der Seite der arbeitenden Menschen, der PensionistInnen und der sozial Benachteiligten. Unter diesem Gesichtspunkt wollen wir an Entscheidungen mitwirken, aber auch Alternativen aufzeigen und Kontrolle ausüben. Mit der Kontrolle verbunden ist die Information. Wir wollen in Spielberg regelmäßig eine Gemeindezeitung herausgeben. Damit Sie erfahren, was in der Gemeindestube vor sich geht.

In unserer Gesellschaft hat der Profit Vorrang vor den menschlichen Bedürfnissen. Wir wollen eine andere Sichtweise einzubringen. Manche „objektiv“ dargestellten Fakten, wie z.B. die leeren Gemeindegassen, entpuppen sich bei näherem Hinsehen als eine Frage der fehlenden Umverteilung von oben nach unten.

Es hat sich in Österreich eingebürgert, Politik auf Kosten von Minderheiten, AusländerInnen und sozialen Randgruppen zu machen. Sind diese nicht für die entsprechenden Ziele geeignet, so werden bestimmte Berufsgruppen oder Alt und Jung gegeneinander ausgespielt. Das Ziel der Mächtigen ist immer das gleiche: Spiele die Menschen gegeneinander aus und behalte so deine Privilegien.

Jene Parteien, die so agieren, stehen selbst mit ihren politischen VertreterInnen im Dunstkreis von Korruption und Freunderlwirtschaft (Hypo-Alpe-Adria, BUWOG) - und das bei hohen Politikergehältern. Die KPÖ hat bewiesen, dass es auch anders geht.

In vielen Gemeinden gibt es, wie im Bund und Land, den Trend zur Auslagerung und Privatisierung von Leistungen. Die KPÖ ist der Meinung, dass alle Bereiche der Daseins-

Die oben richten sich's -  
Wir zahlen die Zeche

Für Gerechtigkeit!



[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

KPÖ  
im Gemeinderat

vorsorge (Wasser, Müll, Pflege, Gesundheitswesen...) in öffentlicher Hand bleiben müssen. Private würden angeblich besser und billiger wirtschaften. Dass dies nicht stimmt, beweist die jetzige Wirtschaftskrise. Der viel geschmähte Staat muss nun mit Milliarden einspringen, um das ganze System vor dem Kollaps zu bewahren.

Gibt es keinen Widerstand, werden nicht die Schuldigen an der Krise, sondern die breite Masse der Bevölkerung dafür zur Kasse gebeten. Wir sind für eine Besteuerung großer Vermögen. Wir sehen angesichts des enormen Reichtums in unserem Land auch keinen Grund sozialen Verschlechterungen oder Gebührenerhöhungen zuzustimmen.

*Das sind einige grundsätzliche Gedanken,  
die wir auf den folgenden Seiten  
ausführlicher darlegen wollen*

## Mehr Geld für GemeindefunktionärInnen: Neuer Anlauf von Städte- und Gemeindebund

Neu ist der Gedanke nicht. Schon vor mehr als einem Jahr hat die KPÖ über die Pläne des Städte- und Gemeindebundes berichtet, die Bezüge der GemeindefunktionärInnen kräftig anzuheben.

**Erhöhungen** zwischen 5,9 und 66,6 Prozent wurden damals für die BürgermeisterInnen gefordert. Gleichzeitig sollten damit auch die Bezüge aller anderen GemeindefunktionärInnen (Vizebürgermeister, Stadträte, Ausschussvorsitzende) angehoben werden. Für Spielberg würde dies eine Erhöhung um mehr als 18 Prozent bedeuten.

**Die** KPÖ hat im Städtebund als einzige Fraktion dagegen gestimmt. Wir haben die Öffentlichkeit davon informiert und damit soviel Druck erzeugt, dass die Pläne zurückgelegt wurden. Denn diese Erhöhung muss der Landtag beschließen.

**Aber** laufend gibt es neue Vorstöße von Städte- und Gemeindebund die Bezüge doch noch anzuheben. Der Plan hat durch eine gewaltige Anhebung der BürgermeisterInnengehälter in Niederösterreich (nach der Landtagswahl) neue Nahrung gefunden. Es war richtig, dass

die Politiker-Innenbezüge im vergangenen Jahr wegen der Krise eingefroren worden sind. Angesichts der Krise, von Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Gehaltskürzungen ist der Vorstoß, die Bezüge steirischer GemeindefunktionärInnen anzuheben ein völlig falsches Signal.

<b>Vorschlag des Städte- und Gemeindebundes für die Anhebung der BürgermeisterInnenbezüge</b>			
Einwohner	derzeit, gerundet	Vorschlag, gerundet	Erhöhung
bis 500	1.469 Euro	2.448 Euro	+66,6%
501 bis 1.000	1.795 Euro	2.774 Euro	+54,6%
1.001 bis 2.000	2.122 Euro	3.019 Euro	+42,3%
2.001 bis 3.000	2.530 Euro	3.346 Euro	+32,2%
3.001 bis 5.000	2.774 Euro	3.509 Euro	+26,5%
<b>5.001 bis 7.000</b>	<b>3.590 Euro</b>	<b>4.243 Euro</b>	<b>+18,2%</b>
7.001 bis 10.000	4.243 Euro	4.814 Euro	+13,7%
10.001 bis 20.000	5.304 Euro	5.794 Euro	+ 9,03%
über 20.000	6.936 Euro	7.344 Euro	+ 5,9%

**Bezüge der BürgermeisterInnen, brutto, 14 mal pro Jahr. Vom BürgermeisterInnenbezug berechnen sich auch die Bezüge der anderen GemeindefunktionärInnen.**

## Gemeindefinanzen: Finanzielles Horrorszenario

In der letzten Gemeindezeitung der Stadtgemeinde berichtete Bürgermeister Kurt Binderbauer, dass es um die Spielberger Gemeindefinanzen schlecht bestellt sei. Immer mehr Gemeinden schlittern in finanzielle Probleme.

**Die** Ertragsanteile, das sind jene Gelder, die die Gemeinden vom Bund bekommen, sind eingebrochen. Die Einnahmen aus der Kommunalsteuer haben sich verringert. Es gab Einnahmerückgänge aus den Wasser- und Kanalgebühren. Spielberg konnte für 2010 den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgeglichen erstellen.

**Aber** nicht nur Spielberg, auch viele andere Gemeinde sind von Finanzproblemen betroffen. Es ist zu befürchten, dass schon Einsparungspläne geschmiedet werden. Eine Verringerung des Personalstandes, Rationalisierungsmaßnahmen, Kürzungen bei Sachausgaben und die Rücknahme des Leistungsangebotes werden sicherlich in vielen Gemeinden angedacht.

**Die** KPÖ kann solchen Plänen nicht zustimmen. Denn das sind keine akzeptablen Perspektiven für die Gemeinden, und die Menschen, die hier leben. Diese Entwicklung ist ein Signal, dass sich etwas ändern muss.

**Eine** Reichensteuer ist das Gebot der Stunde. Das Vermögen und die Gewinne der Superreichen müssen endlich höher besteuert werden. Ein Teil dieser neuen Einnahmen müssen in die Gemeinde fließen, um den Menschen ein lebenswertes Umfeld zu bieten.

**Die** Finanzprobleme der Gemeinden schreien förmlich nach einer Umverteilung. Jede/er verantwortungsbewusste GemeindepolitikerIn müsste dafür auf die Barrikaden steigen.



## KPÖ übergibt Nationalrat 5.000 Unterschriften für Besteuerung großer Vermögen

Die Schere zwischen den Reichen und den Armen, aber auch dem sogenannten Mittelstand, wird immer größer. Ungeheure Vermögen liegen in den Händen einer winzigen Minderheit.

Steuern wie die Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden abgeschafft. Milliardensummen sind steuerschonend in Stiftungen geparkt. MillionärInnen zahlen in Österreich fast keine Steuern. Österreich hat die niedrigste Vermögensbesteuerung aller OECD-Staaten. Das ist ungerecht.

Die KPÖ hat Unterschriften für eine Petition zur Einführung einer Reichensteuer gesammelt. Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von 5 Prozent, zweckgebunden für Beschäftigungsprogramme, Existenzsicherung und Armutsbekämpfung besteuert werden. Die über 5.000 gesammelten Unterschriften wurden am 5. November im Parlament in Wien übergeben.

### SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ gegen Reichensteuer

Unsere Petition wurde nun im Petitionsausschuss des Parlaments behandelt. Es wurde eine Stellungnahme des Finanzministeriums eingeholt. Diese Stellungnahme liegt nun vor. Im Namen von Finanzminister Josef Pröll wird die Besteuerung großer Vermögen klar abgelehnt. SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ stimmten der ablehnenden Stellungnahme zu.

Im Protokoll des Parlaments steht zu lesen:

„Eine Bürgerinitiative mit dem Titel „Reichensteuer jetzt!“ wurde lediglich von Grün-Abgeordnetem Harald Walser unterstützt. Er wies darauf hin, dass sich das Budget „in argen Nöten“ befinde und auch Vermögende einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssten. Dem gegenüber schlossen sich Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP), Abgeordneter Wolfgang Spadiut (BZÖ) und Abgeordnete Susanne Winter (FPÖ) der ablehnenden Stellungnahme des Finanzministeriums an. Es sei nicht angebracht, bereits versteuertes Einkommen nochmals zu versteuern, wandte sich Schittenhelm dezidiert gegen eine Vermögenssteuer.“ Die Aussage der SPÖ wird im Parlamentsprotokoll nicht angeführt, aber auch die SPÖ hat der Stellungnahme des Finanzministeriums zugestimmt.



Die KPÖ-LAbg. Renate Pacher (Mitte) und Claudia Klimt-Weithaler (2.v.rechts) in Begleitung von Unterstützern der Petition

Dieses Abstimmungsergebnis ist eine Schande. Die ÖVP war ja schon immer die Schutzpartei der Reichen. Dass FPÖ und BZÖ die Interessen der sogenannten „kleinen Leute“ vertreten, erweist sich als großes Märchen. Leider ist das Gerede der SPÖ von Gerechtigkeit und Umverteilung des Reichtums auch nicht viel mehr als Wahlkampfretorik. Trotz dieser Ablehnung ist der Kampf um eine Vermögensbesteuerung nicht vorbei. Denn hier geht es um eine grundsätzliche Frage der sozialen Gerechtigkeit.

## Brauchen wir neue Steuern?

Gegner einer Reichensteuer argumentieren, dass es gerade in der Wirtschaftskrise keine neuen Steuern geben darf. Außerdem würden dadurch die Besitzer eines Eigenheims geschröpft.

Die KPÖ tritt für eine Steuer für Vermögen ab einer Million Euro ein. Ein normaler Hausbesitzer wäre also davon gar nicht betroffen. Eine Reichensteuer wäre keine Massensteuer, sondern würde nur die Reichen treffen. In Wahrheit werden die Häuselbesitzer als Vorwand genommen, um die Interessen einer kleinen Elite zu schützen.

## Wollen Sie weitere Informationen oder bei uns mitarbeiten?

Unsere Kontaktadresse: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld

Telefon: 03512/82240

E-Mail: [kpoe-knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe-knittelfeld@aon.at)

# Gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus hat sich die Welt verändert. Der ungezügelter Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht. Es zählt nicht der Mensch, sondern nur der Profit. Das hat die Lebenswelt der Menschen verändert. Soziale Unsicherheit, Armut, Entsolidarisierung und die Ausbeutung in der Arbeitswelt nehmen zu. Daneben sollen Konsum und Events eine heile Welt vorgaukeln.

Viele Menschen sind verunsichert und haben Angst vor der Zukunft. Das kann zu einer Gefahr für die herrschenden Eliten werden. Ein Ventil muss her. Diese Aufgabe erfüllen die rechten Demagogen mit ihren einfachen Antworten: Die AusländerInnen sind schuld. Wer die Ursache für die bestehenden Schwierigkeiten in AusländerInnen sieht, der ist keine Gefahr mehr für die Herrschenden. Denn die angeblich Schuldigen sind gefunden und das bestehende System wird nicht mehr hinterfragt.

Leider haben viele Leute vergessen, was Schwarz-Blau für die Mehrheit der Bevölkerung bedeutet hat. Zum Beispiel die enormen Verschlechterungen durch die Pensionsreform. Alle, die die Stärkung des rechten Lagers mit Sorge erfüllt, sind aufgerufen nach

Antworten zu suchen. Je unsozialer und unsolidarischer unsere Gesellschaft wird, desto mehr Aufwind wird es für FPÖ und BZÖ geben.

Die KPÖ will eine gerechte, soziale und solidarische Gesellschaft. Wir sind gegen Rassismus und Intoleranz. Nicht die so genannten „AusländerInnen“, sondern dieses kapitalistische System, in dem der Profit das oberste Gebot ist, verhindert, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Die KPÖ wird sich mit ihren bescheidenen Kräften, ausgehend von unseren Positionen im Landtag und in den Gemeinden, bemühen ein Gegengewicht zur Politik der Ausbeutung, des Soziabbaus und der Intoleranz zu schaffen. Damit wir das tun können, brauchen wir Ihre Unterstützung.



Tagtäglich hören wir von den unglaublichen Summen, die in der Finanzwelt verdient und auch wieder verzockt wurden. Gleichzeitig haben Manager Rekordsummen eingestreift.

Trotz aller Versprechungen wurden kaum Lehren aus der Finanzkrise gezogen. Die fetten Managergehälter bestehen weiter, die Investmentbanken machen schon wieder saftige Gewinne, dubiose Finanzprodukte sind weiter am Markt, ein strenges Regelwerk für die Finanzmärkte ist in weiter Ferne, die Steueroasen sind nicht ausgetrocknet und eine Besteuerung von Finanztransaktionen wurde nicht durchgesetzt. Das Zocken geht weiter. Alles beim Alten. Wirklich alles?

Um die Krise abzufedern haben sich die Staaten enorm verschuldet. Gelder, die zurückbezahlt werden müssen. Wer wird wohl zur Kasse gebeten? Nun gibt es erste Jubelmeldungen über einen vorsichtigen Wirtschaftsaufschwung. Die Wirtschaftsdaten bessern sich. Aber was ist mit den wichtigsten Zahlen, den Arbeitslosenzahlen?

Die Wirtschaft erholt sich, die Gewinne fließen wieder, wo bleiben die arbeitenden Menschen? Die werden sich trotz Aufschwung auf lange Zeiten der Arbeitslosigkeit einstellen müssen, so verkünden uns die Wirtschaftsforscher. Das zeigt, was im Kapitalismus zählt: Der Profit und nicht der Mensch. Es wird an den Menschen liegen, ob sie bereit sind sich dagegen zu wehren. Sonst gewinnen wieder jene, die diese Krise verursacht haben.

Lieber gleichberechtigt - als später!  
**♀ Fest zum Internationalen Frauentag**

Gedanken zum Internationalen Frauentag  
 von KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

# Irene S.

und ihr Programm:

„g`schlamperte Verhältnisse“

**Samstag, 6. März 2010**

Neues Volkshaus, H. Reselgasse 2, Knittelfeld  
 Beginn: 17.00 Uhr

Eintritt: Vorverkauf: 5 Euro, Abendkasse: 6,50 Euro  
 Vorverkauf: Morawa-Buchhandlung, Frauengasse 13, Knittelfeld  
 KPÖ-Knittelfeld Tel. 03512/ 8 22 40



**Tombola**

Für Speisen und Getränke ist gesorgt.  
 Auch Männer sind herzlich willkommen!

Wir laden herzlich ein!



# ATB-Spielberg: Spielball der Konzerne

**Die ATB in Spielberg war einmal der größte Betrieb in unserer Region. Die Beschäftigten haben ein bewegte Geschichte hinter sich.**

**Nach** der Bauknecht-Pleite wurde der Betrieb von der öffentlichen Hand aufgefangen. Nur um dann wieder privatisiert zu werden. Der Abbau von Arbeitsplätzen, Verlagerungen der Produktion ins Ausland, Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen standen seitdem auf der Tagesordnung. Gleichzeitig erhielt der Betrieb Förderungen von Bund und Land. Allein zwischen 1998 und 2000 rund 941.000 Euro, wie eine Anfrage der KPÖ ergab.

**Nun** ist Mirko Kovats Eigentümer der ATB-Spielberg. Nachdem die Belegschaft in einer Abstimmung einen Lohnverzicht von 10 Prozent abgelehnt hat, wurde wieder mit der Auflassung von Teilbereichen und Kündigungen gedroht. So ist die Lage der ATB-Beschäftigten ein ständiges Wechselbad der Gefühle.

**Zuerst** wurden Firmen billig von der öffentlichen Hand übernommen und Förderungen kassiert, dann wurde der Profit abgeschöpft. In schlechteren Zeiten sucht man das Weite oder kündigt die Beschäftigten. Werden fette Gewinne gemacht, wird die Belegschaft nicht beteiligt. Bläst nun ein wirtschaftlicher Gegenwind bezahlen die arbeitenden Menschen die Rechnung.

**Die** ATB Spielberg ist einer der wichtigsten Betriebe im Aichfeld. Weitere Kündigungen oder gar die Schließung wären ein schlimmer Schlag für die Region. Die öffentliche Hand muss wieder Einfluss auf die Wirtschaft bekommen. Nur der Ausbau eines starken öffentlichen Sektors kann verhindern, dass die arbeitenden Menschen immer wieder zum Spielball der Profitinteressen der Konzerne werden. Das müsste die Erkenntnis aus der derzeitigen Krise sein.

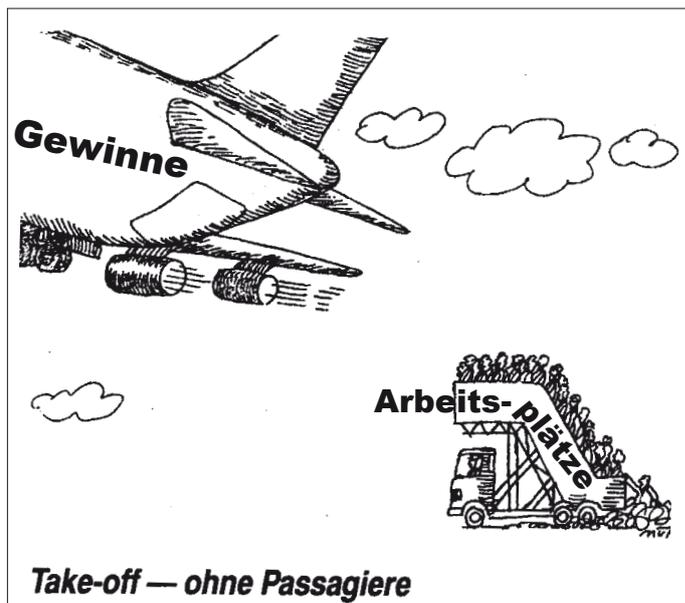
*„Selbstverständlich wird die Arbeitszeit steigen und ich gehe davon aus, dass diese Mehrarbeitszeit auch in Zukunft nicht bezahlt wird.“*

**Mirko Kovats im Film „Let`s make money“.**

## Arbeit und faire Bezahlung

**Die** Menschen brauchen Arbeitsplätze mit einer Bezahlung von der man/frau gut leben kann. Das ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, unserer Region und unserer Gesellschaft. Gerade jetzt müsste die öffentliche Hand investieren und Arbeitsplätze schaffen, anstatt die Ausgaben zurückzufahren.

**Die** KPÖ ist für ein Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden: z.B. in der Pflege, im Gesundheits- und Bildungswesen, durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, durch eine Wohnbauoffensive und die Sanierung öffentlicher Gebäude, die Erforschung und den Ausbau erneuerbarer Energie. Das wären gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze - und das finanziert durch eine Reichensteuer. Es darf nicht sein, dass in unserem Land immer mehr Menschen arbeitslos und an und den Rand gedrängt werden, während eine kleine Elite immer reicher wird.



**Nur ein starker öffentlicher Sektor verhindert, dass Menschen zum Spielball von Konzerninteressen werden.**

**Die** Ausgaben der Gemeinden im Sozialbereich steigen. Ein wesentlich Grund dafür ist, dass die privaten Heimbetreiber die Tagsätze der Pflegeheime in die Höhe treiben. Das beschert den gewinnorientierten Betreibern saftige Profite und der öffentlichen Hand hohe Ausgaben.

**Für** die KPÖ ist ein hoher Sozialstandard ein Menschenrecht. Hier geht es um faire Lebensbedingungen und um Menschenwürde - und das darf auch etwas kosten. Denn die Höhe der Sozialausgaben muss daran gemessen werden, wie reich eine Gesellschaft insgesamt ist. Wir leben in einem sehr reichen Land.

## Gewinnstreben hat in der Pflege nichts verloren!

Der Landtag hat auf Antrag der KPÖ beschlossen von der Landesregierung ein Konzept einzufordern, das vorsieht private, gewinnorientierte Heimbetreiber vom Pflegemarkt zu verdrängen. Der Antrag wurde von KPÖ, SPÖ und Grünen gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen.

Dass dieser Antrag angenommen wurde, bedeutet eine Kehrtwende in der bisherigen steirischen Pflegepolitik. Denn die Zahl privater, gewinnorientierter Pflegeheime nimmt zu. Dieser Beschluß ist derzeit nur Papier. Es geht um die Zukunft pflegebedürftiger Menschen. Deshalb ist es wichtig, diesen Antrag so schnell wie möglich umzusetzen!

# KJÖ: Für die Interessen der Jugend!

Die Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ) ist ein Zusammenschluss von SchülerInnen, Lehrlingen und jungen ArbeiterInnen, StudentInnen und arbeitslosen Jugendlichen. Wir haben uns in der KJÖ zusammengefunden um für die Rechte der Jugendlichen zu kämpfen.

## Lehrlingskündigungsschutz

Die KJÖ hat eine Unterschriften-Kampagne für die Wiedereinführung des Lehrlingskündigungsschutzes durchgeführt. Es droht eine gewaltige Kündigungswelle, von der tausende Lehrlinge betroffen sein könnten. Wir fordern daher die sofortige (Wieder-)Einführung des Kündigungsschutzes für Lehrlinge, damit nicht noch weitere tausende Jugendliche auf der Straße stehen und der Chance auf eine Ausbildung beraubt werden.

## Stoppt die Sparschweine!

Notendruck, Prüfungsstress, überforderte SchülerInnen und LehrerInnen, überfüllte Klassenzimmer, keine Mitbestimmung, uninteressante Lehrinhalte und fehlendes Lehrmaterial. All das wird Schülerinnen und Schülern Tag für Tag zugemutet. Und während an unserer Zukunft gespart wird, weil angeblich das Geld fehlt, erhalten Banken und Konzerne Milliardenunterstützung durch den

Staat. Wir halten dem entgegen: die Menschen sind wichtiger als Profite! Aus diesem Grund war die KJÖ auch eine der treibenden Kräfte der großen Schulstreiks im April und wird dieses Engagement in den Monaten verstärkt fortsetzen.

## Aktiv gegen rechts!

Wir treten ein gegen Neonazis und rechte Hetzer. Der Faschismus hat schon einmal gezeigt, wohin er führt: Millionen Tote und ein mörderischer Krieg waren das Resultat.

## Was wollen wir?

Wir wollen, dass endlich diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die uns eine lebenswerte Zukunft versauen: Die Bosse und Großaktionäre der Konzerne und ihre Handlanger in Politik und Militär. Wir kämpfen für eine Welt ohne Krieg, Ausbeutung und Diskriminierung. Für uns ist diese Gesellschaft der Sozialismus.

**Mach mit bei uns!**



„Laut gegen rechts“ unter diesem Motto hat die KJÖ einen CD-Sampler herausgebracht. Auf Wunsch senden wir Ihnen diese CD kostenlos zu.

## Bestellungen an:

KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,  
8720 Knittelfeld, Tel.: 03512/82240,  
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

**Mehr Informationen:  
[www.kjoe.at](http://www.kjoe.at)**

## Wo bleibt der Lehrlingsfonds?

Eine gute Ausbildung ist das Fundament für den weiteren Berufsweg. Es ist noch gar nicht so lange her, da gab es im Aichfeld zahlreiche betriebliche Lehrwerkstätten.

Nach der Privatisierung der Verstaatlichten hatten die Investoren nichts Eiligeres zu tun, als eine Lehrwerkstätte nach der anderen zu schließen. Diese Werkstätten, in denen jahrelang eine hochwertige Ausbildung geboten wurde, wurden nur als lästige Kostenfaktoren gesehen. Es zählte nur der schnelle Gewinn. Dieses kurzsichtige Denken hat sich später durch einen akuten Facharbeitermangel gerächt.

Nun gibt es in unserer Region nur mehr bei den ÖBB in Knittelfeld eine betriebliche Lehrwerkstätte, die öffentliche Hand hat mehr Ausbildungsfunktionen übernommen. Die Kosten dafür bleiben den SteuerzahlerInnen.



Die KPÖ ist schon seit langem für einen Lehrlingsfonds. Dort sollen jene Betriebe einzahlen müssen, die Facharbeit in Anspruch nehmen, aber selbst nicht ausbilden. Das war vor den Landtagswahlen auch eine Hauptforderung von Franz Voves. Nun stellt die SPÖ den Landeshauptmann, doch um die Umsetzung des Lehrlingsfonds ist es still geworden.

## Jetzt schon an den Sommer denken!



Ferien am Turnerseelager  
in Kärnten und in  
St. Radegund bei Graz



**Informationen:**  
KPÖ-Knittelfeld:  
Tel.: 03512/82240

## EU-Battlegroups:

# Ein weiterer Bruch unserer Neutralität

Der Vertrag von Lissabon ist noch nicht lange in Kraft, und schon ist Österreich wieder EU-Musterknabe. Ein weiterer verhängnisvoller Schritt zur Untergrabung unserer Neutralität wurde gesetzt. Österreich will sich ab 2011 im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik an den Battlegroups zu beteiligen.

Eine EU-Schlachtgruppe (Battlegroup) umfasst 1.500 SoldatInnen. 15 Battlegroups existieren bereits. Diese Battlegroups sollen innerhalb von zehn Tagen einsatzbereit und nach weiteren fünf Tagen im entsprechenden Einsatzland sein. Für mögliche Operationen wurde ein 6.000 km-Radius um Brüssel festgelegt. Damit liegt ein möglicher Schwerpunkt vor allem in Krisengebieten in Afrika und im Nahen Osten.

Die Finanzierung der Battlegroups findet über die Truppensteller, also die jeweiligen Nationen statt. Österreich plant in einer Gruppe mit Deutschland SoldatInnen für diese schnellen Eingreifstruppen zu stellen. Bei Auslandsmissionen, ob am

Balkan, in Afrika oder in Afghanistan operieren österreichische SoldatInnen dann vorwiegend unter deutschem Kommando.

Für Österreich bedeutet das nicht nur den Bruch des nach wie vor rechtsgültigen Neutralitätsgesetzes, sondern auch einen Bruch des im Staatsvertrag verankerten Anschlussverbotes. Denn die militärische Zusammenarbeit ist in erster Linie eine Zusammenarbeit mit der deutschen Bundeswehr und das ist laut Staatsvertrag verboten.

Die Übungspläne des österreichischen Bundesheeres für diese Battlegroups wurden einstimmig von allen Parlamentsparteien gebilligt.

## Eurofighteraufträge:

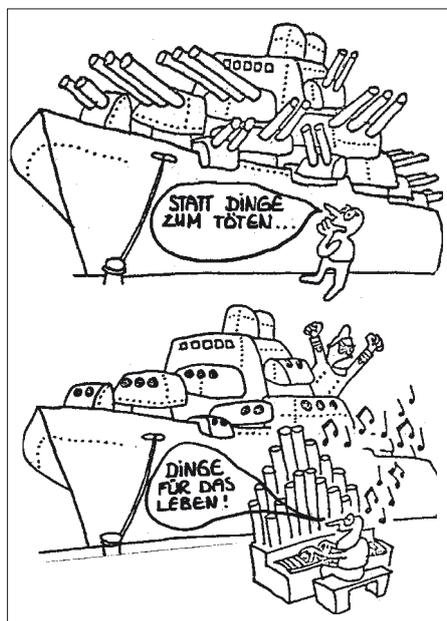
# Nur 10% an regionale Firmen

Viel wurde von den vielen Arbeitsplätzen durch den Ankauf der Eurofighter gesprochen. In unserer Region ist davon nichts zu spüren. Im Gegenteil: Im Dezember waren im Bezirk Knittelfeld 1.210 Menschen arbeitslos, der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr liegt mit 24 Prozent weit über dem steirischen Durchschnitt.

Die KPÖ ist der Meinung, die Bevölkerung hat ein Recht zu erfahren, wohin ihre Steuermillionen geflossen sind. Deshalb haben wir im Landtag den Antrag gestellt, die Steiermark solle Information einfordern, wie viel von den Unsummen für die Eurofighter tatsächlich für Aufträge an heimischen Firmen geflossen sind.

Auf Grund des KPÖ-Antrags lag nun eine Stellungnahme von Verteidigungsminister Darabos vor. Demnach wurden bisher Ausschreibungen im Umfang von knapp über 162 Millionen Euro durchgeführt. Auf Firmen mit Standort im Raum Aichfeld/Murboden entfielen rund zehn Prozent der Aufträge. Das Aichfeld trägt die Umwelt- und Lärmbelastungen durch den sinnlosen Aufrüstungsschritt Eurofighter, aber nur magere zehn Prozent der Aufträge

sind in regionale Betriebe geflossen. So sieht die traurige Wahrheit aus.



Unser Land macht nun - unter Bruch der Neutralität - bei EU-Kampftruppen mit, die kriegerische Handlungen in die ganze Welt tragen können.

## Das Geschäft mit dem Glücksspiel boomt

Die KPÖ kämpft gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht.

Laut einer Studie ist das Automatenglücksspiel von allen Glücksspielen dasjenige, das am meisten süchtig macht. Und die Glücksspielbetreiber tun alles dafür, um neue KundInnen anzulocken. Gratis-Jetons und Gratis-Getränke sind gang und gäbe. Der Jugendschutz ist eine Farce. Denn laut einer weiteren Studie ist ein Drittel aller Spielsüchtigen jünger als 18 Jahre.

Im Land haben sich SPÖ und ÖVP bisher geäußert die Initiative der KPÖ für strenge Beschränkungen des Glücksspiels zu unterstützen.

Nun basteln SPÖ und ÖVP im Bund an einem einheitlichen Glücksspielgesetz, das das Automatenglücksspiel in ganz Österreich einführen soll. Derzeit ist es nämlich noch in fünf Bundesländern verboten.

Das Zögern von SPÖ und ÖVP im Land und die Betreibungen das Automatenglücksspiel auf ganz Österreich auszudehnen sind unverantwortlich. Spielsucht ruiniert Existenzen und Familien.

# Abrechnung KPÖ-Sozialfonds

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt.



Seitdem wir im Landtag sind, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. LAbg. Renate Pacher (links) und DSA Karin Gruber führen regelmäßige Sozialberatungen durch.

**Der KPÖ-Sozialfonds** verfolgt mehrere Ziele: Er zeigt auf, dass die Einkommen unserer PolitikerInnen viel zu hoch sind. PolitikerInnen sollen sich einkommensmäßig nicht von ihren WählerInnen abheben. Wie sollen sie sonst die Lebensbedingungen der Menschen nachvollziehen können? Die KPÖ hat nun vier Landtagsabgeordnete und in Graz eine Stadträtin, die in den Sozialfonds einzahlen. Nachdem die Politikergagen so hoch sind, kommen bedeutende Geldmengen für den Sozialfonds zusammen. Mit diesen Geldern wollen wir Menschen helfen, denen es nicht so gut geht. Die Zukunft des KPÖ-Sozialfonds hängt natürlich vom Ergebnis der nächsten Landtagswahlen ab.

**LAbg. Pacher:** „Die Bilanz des Jahres ist sehr gemischt. Zum Einen ist es der KPÖ mit der Abschaffung des Regresses in der Sozialhilfe (Rückzahlungsverpflichtung für die Betroffenen, Eltern und Kinder) ein großer Erfolg gelungen. Auf der anderen Seite steigt der Zahl der Hilfesuchenden, bedingt durch die Krise, immer mehr. Durch den Sozialfonds bekomme ich Einblick in die soziale Lage.

Die KPÖ nimmt zu den politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Im Internet ist sie unter der Adresse: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at) erreichbar. Die E-mail Adresse der KPÖ-Knittelfeld

## Abrechnung KPÖ-Sozialfonds Renate Pacher

Jänner bis Dezember 2009

**EINNAHMEN:**

Einzahlungen Renate Pacher	16.300,21 Euro
Übertrag Rest von 2008:	1.052,14 Euro
Zinsen 2008:	7,75 Euro
<b>Summe</b>	<b>17.360,10 Euro</b>

**AUSGABEN:**

<b>Für 237 Unterstützungsfälle:</b>	<b>17.410,56 Euro</b>
Saldo:	-50,46 Euro

**2009 KPÖ insgesamt:**

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2009: 163.897,64 Euro für 1.311 Personen. Seit 1998 wurden 6.683 Personen mit einer Gesamtsumme von 965.184,87 Euro unterstützt. Das sind mehr als 13 Millionen Schilling.

**Sozialfonds Pacher Renate insgesamt:**

Seit Oktober 2005 gab es 755 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 64.406,73 Euro unterstützt wurden.

*Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.000 Euro im Monat. LAbg. Renate Pacher behält 1.900 Euro. Das ist ihr einziges Einkommen. Jedes Jahr legen die KPÖ-MandatarInnen offen, wofür diese Gelder verwendet wurden.*

Sehr viele Menschen müssen mit ganz wenig Geld auskommen. Viele sind derzeit arbeitslos. Da wird deutlich, wie gering die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ist. Arbeitslosigkeit bedeutet eine enormen finanziellen Abstieg. Es ist hoch an der Zeit, dass das Arbeitslosengeld deutlich anzuheben. Aber vor allem brauchen die Menschen Arbeit mit einer fairen Bezahlung. Angesichts der vielen sozialen Probleme erfüllt es mich mit Zorn, das die Reichen auch bei uns in Österreich immer reicher werden.“-

## Sprechstunde mit Sozialberatung



KPÖ-LAbg. Renate Pacher und DSA Karin Gruber

**Donnerstag, 18. Februar 2010**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9 bis 12 Uhr

Anmeldungen unter: 03512/ 82240